



25. März 2026

Haushaltsrede Norman Schiffer

Sehr geehrte Frau Landrätin,
sehr geehrte Damen und Herren,

wenn wir heute über den Haushalt sprechen, dann sprechen wir nicht einfach über Zahlen, Tabellen und Einsparvorgaben. Wir sprechen darüber, ob kommunale Politik überhaupt noch gestalten kann oder ob wir zunehmend dazu gezwungen werden, politischen Mangel nur noch irgendwie zu verwalten.

Denn genau das ist doch die Realität: Immer mehr Entscheidungen hier vor Ort stehen nicht unter dem Vorzeichen von Gestaltung, sondern unter dem Diktat der Knappheit. Nicht, weil Kreise, Städte und Gemeinden grundsätzlich schlecht wirtschaften würden. Sondern weil sie seit Jahren finanziell in eine Lage gedrängt werden, in der selbst das Notwendige immer schwerer abgesichert werden kann.

Und bei allen politischen Differenzen, die es zwischen uns gibt, sollte uns als demokratische Fraktionen und Gruppen wenigstens eines verbinden: das Interesse daran, dass die Menschen in unserem Kreis gut leben können. Dass Schulen funktionieren. Dass Jugendhilfe verlässlich ist. Dass soziale Leistungen nicht unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. Dass der ÖPNV ausgebaut statt kaputtgespart wird. Dass Gesundheitsversorgung, Beratung und öffentliche Daseinsvorsorge nicht weiter ausgehöhlt werden.

Gerade deshalb müssen wir die Lage klar benennen und dürfen sie nicht beschönigen.

Die Krise der kommunalen Haushalte ist kein Betriebsunfall und kein Beleg für kommunales Versagen. Sie ist das Ergebnis eines politischen Systems, in dem Bund und Land immer neue Aufgaben nach unten weiterreichen, ohne die Finanzierung dauerhaft und vollständig sicherzustellen. Vor Ort sollen wir dann erklären, warum Leistungen eingeschränkt, Investitionen verschoben und Belastungen weitergegeben werden. Das ist keine verantwortungsvolle Finanzpolitik von oben, das ist organisierte Unterfinanzierung.

Die Zahlen zeigen, wie ernst die Lage ist: Bundesweit haben die Kommunen 2024 ein Rekorddefizit von 24,8 Milliarden Euro verzeichnet. Gleichzeitig steigt gerade der Bedarf in den Bereichen, die für das tägliche Leben der Menschen zentral sind.

Und auch in Nordrhein-Westfalen ist die Lage längst nicht mehr angespannt, sondern dramatisch. Drei Viertel der Städte und Gemeinden bewerten ihre Haushaltslage in den kommenden Jahren als mangelhaft. Ausgeglichene Haushalte werden zur Ausnahme. Das zeigt doch deutlich: Wir haben es nicht mit einzelnen Fehlentwicklungen zu tun, sondern mit einem strukturellen Problem. Mit einem Finanzierungsmodell, das die kommunale Ebene ausbluten lässt.

Das heißt doch: Das Problem ist strukturell.

Es liegt nicht in erster Linie hier im Kreistag.

Es liegt in einer Kommunalfinanzierung, die seit Jahren Aufgaben nach unten weiterreicht, ohne die Kosten dauerhaft und vollständig auszugleichen.

Genau das ist der Kern des Problems: Bund und Land beschließen Leistungen, Standards und Rechtsansprüche, die gesellschaftlich oft richtig und notwendig sind. Aber die Kreise, Städte und Gemeinden bleiben zu oft auf einem erheblichen Teil der finanziellen Last sitzen. Selbst die kommunalen Spitzenverbände in NRW benennen ausdrücklich unterfinanzierte zusätzliche Aufgaben wie Ganztagsbetreuung, Digitalisierung an Schulen, Versorgung von Geflüchteten und steigende Soziallasten als zentrale Ursachen der kommunalen Krise.

Und wir als Kreis stehen dabei in einer besonderen Verantwortung. Denn wir sind im Gefüge der kommunalen Familie häufig die stärkere Ebene gegenüber den kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Deshalb müssen wir mit der Kreisumlage sorgsam umgehen. Wir dürfen die Belastungen der Kommunen vor Ort nicht aus dem Blick verlieren.

Aber auch das muss klar gesagt werden: Allein durch noch mehr Disziplin, noch mehr Zurückhaltung und noch mehr Druck innerhalb der kommunalen Familie wird das Grundproblem nicht gelöst. Denn wenn insgesamt zu wenig Mittel im System sind, dann verteilt man am Ende nur Mangel gerechter, aber Mangel bleibt Mangel.

Hinzu kommt ein Standort- und Konkurrenzsystem zwischen Kommunen und Kreisen, das strukturell unsolidarisch ist. Zu oft entscheidet nicht, wo die Bedürfnisse der Menschen am größten sind, sondern wo die stärkste Einnahmebasis vorhanden ist. Das führt dazu, dass Lebensqualität, soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge zu stark davon abhängen, wie wirtschaftlich „attraktiv“ ein Ort im Wettbewerb erscheint. Das ist kein gerechtes Modell öffentlicher Finanzierung.

Deshalb braucht es eine politische Kursänderung und zwar oberhalb der kommunalen Ebene.

Bund und Land müssen endlich zeigen, dass ihnen das Wohl der Bevölkerung nicht nur in Sonntagsreden wichtig ist. Wer will, dass vor Ort gute Schulen, soziale Hilfen, Jugendangebote, Mobilität, Gesundheitsversorgung und Integration funktionieren, der muss die Kommunen und Kreise auskömmlich finanzieren. Die kommunalen Spitzenverbände fordern zu Recht, dass Bund und Land jetzt „die großen Räder drehen“ und die Kommunen dauerhaft besser ausstatten.

Und ja, dazu gehört aus unserer Sicht auch, über eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Vermögen zu sprechen. Denn es ist eine politische Entscheidung, ob der öffentliche Bereich kaputtgespart wird, während privater Reichtum weiter wächst. Man kann es auch vorsichtiger formulieren: Wir brauchen endlich eine Finanzverteilung, die sich am gesellschaftlichen Bedarf orientiert, nicht an den Grenzen kommunaler Kassenlagen.

Mein Appell richtet sich deshalb heute ausdrücklich an die demokratischen Fraktionen und Gruppen in diesem Haus, insbesondere an diejenigen, deren Parteien auf Landes- oder Bundesebene Regierungsverantwortung tragen:

Nehmt diese Realität mit.

Macht Druck in euren Parteien.

Macht Druck aus der kommunalen Praxis heraus.

Macht deutlich, dass es so nicht weitergehen kann.

Denn wir hier vor Ort sind der direkte Draht zu den Bürger:innen. Wir erleben zuerst, wenn Hilfe nicht ankommt, wenn Angebote gekürzt werden, wenn Sanierungen verschoben werden, wenn Personal fehlt und wenn politischer Frust wächst. Und genau deshalb sollten wir in dieser Frage an einem Strang ziehen.

Nicht, weil wir in allem einer Meinung wären.

Sondern weil wir gemeinsam Verantwortung tragen.

Lasst uns deshalb den Sparzwang nicht als Naturgesetz hinnehmen. Lasst uns gemeinsam dafür eintreten, dass Kreise, Städte und Gemeinden wieder handlungsfähig werden – damit Politik vor Ort nicht nur noch reagiert, sondern wieder gestalten kann.

Wir enthalten uns auch deshalb, weil es bei unseren Anträgen Bewegung und Entgegenkommen gegeben hat.

Unser Dank gilt ausdrücklich den Mitarbeiter:innen der Verwaltung.

Für eine lebenswerte Zukunft aller Bürger:innen in unserem Kreis.

Vielen Dank.